



von Helmut Markwort

Für Deutschland könnte ein zweites Referendum hilfreich sein

Montag

Von unserer Regierung hört man keinen Ton zum Brexit-Dilemma. Ich hoffe, das Schweigen ist mit diplomatischer Rücksicht begründet. Angela Merkel und ihr Kabinett wollen vielleicht nicht das zarte Pflänzchen „People's Vote“ zertrampeln, das derzeit in London heranwächst.

Hinter diesem Namen steht eine Gruppe prominenter britischer Politiker und europäischer Unternehmer, die eine zweite Abstimmung des Volkes über den Austritt aus der EU erreichen wollen. Dazu gehören Seite an Seite zwei ehemalige Premierminister aus unterschiedlichen Lagern. Der Sozialist Tony Blair und der Konservative John Major hoffen gemeinsam, dass in ihrem Volk das Bewusstsein über die Nachteile des Brexit gewachsen ist.

Theresa May ist strikt gegen ein zweites Referendum, obwohl sie einer Niederlage im Parlament entgegenseht. Sie ärgert sich über ihre Vorgänger und warnt vor einem „irreparablen Schaden“.

Ihr weggelaufener Außenminister Boris Johnson steht ihr bei und prophezeit, ein zweites Referendum würde das Volk „absolut zornig machen“.

Seine Reaktionen sollte er dem Volk selbst überlassen. Das deutsche Volk jedenfalls muss sich wünschen, dass Großbritannien im Kreis der EU-Partner bleibt. Falls es zum Brexit kommt, ist der Schaden für Deutschland vielfältig.

Die Bundesrepublik muss jedes Jahr etliche Milliarden mehr in die EU-Kasse zahlen.

Durch den Austritt der Briten wird das sorgfältig ausgehandelte Gleichge-

wicht im Ministerrat zerstört. Die Balance verschiebt sich gegen Deutschland zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Staaten, die eher an einer Transferunion interessiert sind.

Die deutsche Wirtschaft muss mit erheblichen Einbußen rechnen.

Schon bei der Europawahl im Mai werden andere Länder vom Verschwinden der britischen Abgeordneten profitieren. Der Europäische Rat hat festgelegt, dass unter anderen Frankreich (5), Spanien (5),

Italien (3) und die Niederlande (3) mehr Sitze im Parlament erhalten, Deutschland aber bei seiner bisherigen Zahl bleibt.

Es gibt also viele Gründe für deutsche Politiker, hinter den Kulissen ein zweites Referendum zu fördern.

Dienstag

Zu Recht wird in Berlin und in ganz Deutschland die Entscheidung einer Waldorfschule diskutiert, ein Kind abzulehnen, weil sein Vater für die AfD im Berliner Abgeordnetenhaus sitzt. Medien nennen den Namen des Politikers nicht, um das Kind zu schützen, aber über den Fall muss geredet werden, weil er von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Es darf nicht sein, dass ein Kind bestraft wird für die politische Überzeugung seines Vaters.

Es kann im demokratischen Deutschland keine Sippenhaft geben, wie sie in der Diktatur der Nationalsozialisten praktiziert wurde.

Es gehört zu den Grundregeln gerade der Waldorfschulen, dass alle Schüler als gleich angesehen werden, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion und politischer oder sonstiger Überzeugung. Im Berliner Fall kommen noch zwei Punkte hinzu.

Das Kind besuchte bereits den Kindergarten der Waldorfschule, und Vater und Mutter hatten bei einer Befragung durch Lehrer und andere Eltern ausdrücklich versichert, dass sie nicht als Elternbeiräte oder für andere Mitbestimmungsgremien kandidieren wollen.



Getrennte Schwestern Theresa May und Angela Merkel leiden unter dem Brexit-Desaster



Vereinte Gegner Die Ex-Premiers Blair und Major kämpfen für ein zweites Referendum

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: REUTERS